

Mieter und Vermieter reichen gemeinsam «historisches Postulat» ein: In Zürich zeichnet sich eine Lösung für Geschäftsmieten während des Lockdowns ab

Nach dem Scheitern des Geschäftsmietengesetzes in National- und Ständerat soll in der Stadt Zürich ein neuer Anlauf genommen werden. Der Vorstoss, der von Alternativer Liste und FDP getragen wird, hat durchaus Chancen auf Erfolg.

Adi Kälin



Wer soll zahlen, wenn ein Restaurant nicht öffnen darf? Mieter, Vermieterinnen und Staat je einen Drittel, sagt das Basler Modell, das neu auch das Stadtzürcher Modell werden könnte. Karin Hofer / NZZ

Albert Leiser, FDP-Gemeinderat und Direktor des Zürcher Hauseigentümergebietes (HEV), hat am Mittwoch während der Budgetdebatte etwas angekündigt, das manche gestandene Ratsmitglieder überraschte. Er hat zusammen mit Walter Angst von der Alternativen Liste (al.) einen Vorschlag entwickelt, wie jenen Mietern von Geschäftsliegenschaften geholfen werden kann, die wegen des Lockdowns ihren Laden oder ihr Restaurant nicht mehr betreiben konnten.

Orientiert am Basler Modell

Die spezielle Koalition hat zwar gelegentlich schon gespielt, wenn es um die Senkung von Gebühren ging. Nun hat es aber auch im Bereich der Mieten funktioniert. Leiser selber sprach denn auch von einem «historischen Postulat», das man eingereicht habe – wohl in Anspielung an den «historischen Kompromiss» zwischen links und rechts bei den Parkplätzen. Die Zusammenarbeit zwischen Leiser und Angst ist auch eine zwischen Vermietern und Mietern; Angst ist nämlich Kommunikationschef des Zürcher Mieterverbands.

Man habe immer wieder miteinander über eine mögliche städtische Lösung gesprochen, sagt Albert Leiser auf Anfrage. Und man sei zum Schluss gekommen, dass man etwas präsentieren wolle, wenn die eidgenössischen Räte entschieden hätten. Das Geschäftsmietengesetz ist auf Bundesebene nun definitiv gescheitert, womit Lösungen auf anderen politischen Ebenen wieder gefragt sind.

Das Postulat von Leiser und Angst schlägt nun eine Unterstützung analog des sogenannten Basler Modells vor. Der Kanton Basel-Stadt hat eine Lösung entwickelt, bei der jene Vermieter, die ihren Geschäftsmietern mindestens zwei Drittel der Miete erlassen, zu einem Drittel vom Staat entschädigt werden. Die Aktion läuft denn auch unter dem Titel «Dreidrittel-Rettungspaket». Die Hilfe greift bei Monatsmieten unter 6700 Franken und kann höchstens für April, Mai und Juni 2020 beansprucht werden. 18 Millionen Franken sind gesamthaft für das Hilfspaket bereitgestellt worden.

Detailfragen noch offen

Die Stadt Zürich hat den Mietern der städtischen Liegenschaften bereits grosszügige Mietzinsersasse wegen der Corona-Krise gewährt. Für Leiser war das mit ein Grund, nach Lösungen zu suchen, die für alle Laden- und Restaurantbetreiber in der Stadt Geltung haben. Es könne doch nicht sein, dass die Stadt nur ihren eigenen Gewerbemietern helfe, die sonst schon tiefe Mieten hätten, sagt Leiser.

Man hat sich beim Vorstoss bewusst für ein Postulat entschieden, das dem Stadtrat noch viel Handlungsspielraum gewährt. So sind aber vorläufig auch viele Fragen offen, etwa zu den Anspruchsberechtigten oder der Höhe eines möglichen Rahmenkredits. Albert Leiser hofft nun, dass das Postulat rasch überwiesen wird und der Stadtrat möglichst rasch eine entsprechende Weisung ans Parlament ausarbeitet.

Überwiesen werden könnte das Postulat bereits in der nächsten Woche – wenn keine Fraktion Ablehnung beantragt oder Änderungswünsche hat. In der Budgetdebatte vom Mittwoch signalisierte die SVP bereits, dass man mit ihr durchaus über die Lösung sprechen könne, und auch die Grünen zeigten gewisse Sympathien. Damit könnte die erste Hürde rasch genommen werden, aber ein Entscheid wird kaum vor Frühjahr möglich sein. Auf Twitter deutete Walter Angst aber an, dass bereits im Februar ein Entscheid möglich sei, wenn Stadtpräsidentin Corina Mauch und Finanzvorstand Daniel Leupi wollten.

Die Frage ist noch, wie sich die SP verhält. Laut Fraktionspräsident Davy Graf wird man zur Realisierung des Vorhabens Hand bieten. «Ich sehe keinen Punkt, der dagegen spricht.» Jede Lösung, die dem Gewerbe die Mietlast erleichtere, sei zu begrüssen. Ganz auf Seitenhiebe verzichten kann Graf dann aber doch nicht.

Es sei schon speziell, dass der Hauseigentümerverband «nun wie die alte Fasnacht» daherkomme, meint der SP-Gemeinderat. «Monatelang behauptete man, Mieterinnen und Vermieter müssten einfach zusammensitzen. Es würde sich dann schon eine Lösung bieten.» Dass nun doch der Staat einen Teil der Kosten übernehmen soll, zeige, dass dies nicht überall funktioniert habe. Eine «Flexibilität im Denken» hätte sich Graf schon etwas eher gewünscht. «Der Vorschlag kommt spät, aber Hauptsache, er kommt.»

Dieser Sicht widerspricht der Mitinitiant und Zürcher HEV-Direktor Albert Leiser. «Wir haben keineswegs getrödelt.» Bereits im Mai habe man bei der Stadt angefragt, ob sie eine Drittelslösung unterstützen würde. Damals lehnte die Regierung das Vorhaben noch ab – mit Verweis auf die damals noch ausstehende Debatte des Geschäftsmietengesetz auf Bundesebene. «Nach dessen Scheitern Anfang Dezember haben wir gleich unseren Vorstoss präsentiert», sagt Leiser, «wir waren also nicht sehr langsam, sondern vielmehr sehr schnell.»